Runder Tisch NRW gegen Beschneidung von Mädchen

Protokoll vom 27.2.2008

Kontakt:
Jeanette Zachäus
Tel. 0211-9945137
zachaeus@friedensband.de

Es nahmen teil:

Sonja Bartsch, Bündnis 90/Die Grünen, Auszubildende der Landtagsfraktion ¦ Renate Bernhard, CouRage GbR, Filmemacherin ¦ Dr. Heide Boecker-Reinartz, pro familia LV NRW, Med. Arbeitskreis, BST Mettmann und Düsseldorf, Ärztin und Psychotherapeutin ¦ Ilse Buddemeier, LAG Kommunale Frauenbüros, Stadt Bielefeld Frauenbüro ¦ Jawahir Cumar, stop mutilation e.V. ¦ Heike Gebhard, SPD MdL, gesundheitspolitische Sprecherin ¦ Helga Gießelmann, SPD MdL ¦ Ibrahim Gueye, Afrikanischer Dachverband NRW e.V. ¦ Günter Haverkamp, Aktion Weißes Friedensband e.V. ¦ Angela Hebeler, Bündnis 90/Die Grünen NRW, Frauenreferat ¦ Marianne Hürten, pro familia LV NRW ¦ Angelika Josten, Landesverband der Hebammen NRW e.V., 1. Vorsitzende ¦ Andrea Kornak, Stadtverwaltung Düsseldorf ¦ Dr. Jürgen Krömer, Ärztekammer Nordrhein, Kreisstelle Düsseldorf ¦ Maraike Krull de Hawie, Büro des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ¦ Dr. med. MBoyo Likafu, Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge im PÄZ Aachen e.V. ¦ Veronika Nichelmann, Berufsverband Kinder- und Jugendärzte ¦ Heike Reinecke, Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales ¦ Heidemarie Rotschopf, Verband evangelischer Krankenhäuser RWL ¦ Ingrid Schöne, Landesjugendamt Köln ¦ Annette Seiche, Stadt Kerpen, Integrationsbeauftragte ¦ Barbara Steffens, Bündnis 90/Die Grünen MdL, Stellv. Fraktionsvorsitzende, frauen- und gesundheitspolitische Sprecherin ¦ Tahlahan Turay, Stadtverwaltung Düsseldorf ¦ Hildegard Volland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Außenstelle Düsseldorf, Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifisch verfolgte Frauen ¦ Margit Weber, Diakonie in Düsseldorf – Zentrum für interkulturelle Begegnung und Beratung, Integrationsagentur ¦ Monika Weiß-Imroll, amnesty international ¦ Maria Westerhorstmann, CDU MdL, frauenpolitische Sprecherin ¦ Birte Wrede, Büro des Integrationsbeauftragten NRW, Praktikantin ¦ Jeanette Zachäus, Aktion Weißes Friedensband e.V.

Top 2 – Vorstellen der Ergebnisse

Herr Dr. Krömer hat das Problem der weiblichen Genitalbeschneidung als Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitswesens der Ärztekammer Nordrhein eingebracht. Mit einem Fragebogen wandte er sich am 28.8.2007 an:

- die Düsseldorfer Akut-Krankenhäuser: Gynäkologie, Urologie, Kinderabteilung,
- die Obleute der Fachärzte im Bereich Gynäkologie, Urologie, Kindermedizin,
- die Beratungsstelle Geschlechtskrankheiten – Gesundheitsamt Düsseldorf, die Fachstelle für Integration, das Frauenbüro Düsseldorf.

Es sollte ermittelt werden, mit wie vielen Patientinnen, die von weiblicher Genitalbeschneidung betroffen oder bedroht waren, die angeschriebenen Stellen in den letzten 10 Jahren (1997 bis Oktober 2007) Kontakt hatten. Insgesamt wurden 17 Personen bzw. Institutionen angeschrieben, die den Fragebogen teilweise selbst wieder weiterleiteten. Von den angeschriebenen haben 10 und darüber hinaus 6 weitere Stellen geantwortet.

Bekannt geworden sind 22 Fälle:

- 13 bei der Frauenberatungsstelle Düsseldorf,
- 4 bei zwei niedergelassenen Urologen,
- 3 bei pro familia,
- 2 bei DÜFF – Düsseldorfer Frauenärzt(e)innen e.V.

Bei den Krankenkassen AOK und Barmer wurde angefragt und recherchiert. Es war jedoch kein einziger Fall zu weiblicher Genitalbeschneidung bekannt. Das liegt möglicherweise daran, dass es keine eigene Kostenstelle dafür gibt und deshalb über andere Kostenstellen abgerechnet wird. Ein weiterer Grund könnte sein, dass die Frauen nicht wegen ihrer Ursprungserkrankung (der Beschneidung selbst), sondern wegen Folgeerkrankungen (zum Beispiel Wundversorgung) medizinische Hilfe in Anspruch nehmen. Diese werden entsprechend abgerechnet. So würde eine Blutung vielleicht als Notfallversorgung abgerechnet. Wenn das Problem medizinisch begründet sei, würden die Kosten übernommen, vor allem wenn es sich um eine lebensbedrohliche Situation oder um schmerzbeseitigende Maßnahmen handelt.

In einem Brief wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durch den „Runden Tisch NRW“ gebeten, bei den Erstanhörungen bereits das Thema Genitalbeschneidung anzusprechen und auf das Verbot in Deutschland hinzuweisen.

Die Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates schickte am 18.12.2007 einen Fragebogen an folgende Ämter und Institutionen, um Informationen zum Kenntnisstand über weibliche Genitalbeschneidung und den hiervon bedrohten Personenkreis zu bekommen: Gesundheitsamt, Amt für soziale Sicherung und Integration, Amt für Einwohnerwesen, Jugendamt (alle Landeshauptstadt Düsseldorf), Vernetzungsgruppe der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf, Netzwerk Afrikanischer Vereine in Düsseldorf, Stiftung Kriminalprävention Münster, Kreisverwaltung Mettmann, Mitglieder des Städtenetzwerks für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention – DFK (Augsburg, Bonn, Chemnitz, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt/Main, Hannover, Koblenz, Leipzig, Ludwigshafen, Lübeck, Mülheim/Ruhr, Potsdam, Stuttgart, DFK Berlin). Bisher geantwortet haben das Amt für Einwohnerwesen, das Gesundheitsamt, das Amt für soziale Sicherung und Integration, das Jugendamt, die Kreisverwaltung Mettmann, die Stiftung Kriminalprävention Münster sowie Hannover. Die übrigen wurden erneut angeschrieben. Die bisher vorliegenden Daten bestätigen die Notwendigkeit der beim „Runden Tisch“ festgehaltenen Handlungsansätze. Das Thema weibliche Genitalbeschneidung ist weithin unbekannt oder wird „hilflos“ betrachtet.

Top 3 – Schwerpunkt Betroffenenversorgung

Von Seiten des Hebammenverbandes wurde der Wunsch geäußert, stärker mit niedergelassenen Gynäkologinnen und Gynäkologen zusammenzuarbeiten. In Nordrhein-Westfalen gibt es 80 Familien-Hebammen. Sie sind interkulturell ausgebildet und sprechen Englisch und Französisch. Bezahlt werden sie von Jugend- und Gesundheitsämtern. Der größte Teil der Geburten findet in Kliniken statt. Die Schwangerenvorsorge hat zugenommen, im Mittelpunkt stehen: Betreuung, Stillen, Mutter-Kind-Beziehung. Ein wichtiger Punkt ist die Nachsorge: Wie geht es weiter?

In Aachen und Mönchengladbach kümmern sich die Beratungsstellen „Rat und Hilfe“ um schwangere Migrantinnen. Darunter sind auch papierlose Frauen, für die sich die Frage stellt, wo sie entbinden können.

Mädchen und Frauen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) fallen, sind nur eingeschränkt krankenversichert. Wenn es um eine lebensgefährliche Situation oder die Gesundheit des Kindes geht (körperliche Unversehrtheit, Intaktheit), werden die Kosten übernommen. Die Abrechnung erfolgt nicht über die Ärztekammer, sondern das Asylbewerberleistungsgesetz. In diesen Fällen dürfte fast immer die AOK die Krankenkasse sein.

Bei der AOK in Kerpen wird die Inanspruchnahme von Leistungen durch betroffene Frauen zwar erfasst. Aus Datenschutzgründen sind aber keine Einzelfallmitteilungen möglich, nur in anonymisierter Form.

Es wurde diskutiert, ob im Zusammenhang mit der Kostenübernahme durch Krankenkassen die Folgen weiblicher Genitalbeschneidung in den Leistungskatalog als Kostenstelle aufgenommen werden sollen.

Häufig haben betroffene Frauen psychische Probleme. Das heißt, sie brauchen auch eine psychotherapeutische Behandlung. Schwierig dabei ist, dass sie oft kein oder nur wenig Deutsch sprechen.

Alle berichten darüber, dass zunächst ein Zugang zu den betroffenen Frauen gefunden werden muss. Viele gehen nicht zu Ärztinnen und Ärzten oder offenbaren sich ihnen nicht. Andererseits sind Ärztinnen und Ärzte oft unsicher und reagieren deswegen auch unangemessen.

Wir brauchen
- mehr Informationen: Zahlen und Fallbeispiele.
- niederschwellige Angebote für die betroffenen Frauen, die auch andere Themen beinhalten. Sonst fühlen sich die Frauen stigmatisiert.
- betroffene Frauen als Begleiterinnen, die dieselbe Sprache sprechen.
- Materialien in den Sprachen der betroffenen Frauen.
- flächendeckende Deutschkurse.

Alle Menschen, die mit betroffenen Frauen arbeiten, sollten in Bezug auf Sensibilität und Interkulturalität geschult werden. Sie sollten auf die Frauen zugehen. Es sollte bereits dort angesetzt werden, wenn die Frauen nach Deutschland kommen. Eine weitere Möglichkeit sind die Asylunterkünfte.

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wie wir an die Ärztinnen und Ärzte der verschiedenen Fachrichtungen herankommen. Eine Möglichkeit ist ein einfaches Anschreiben, mit dem die Gesundheitsämter oder kommunalen Gleichstellungsstellen alle Ärztinnen und Ärzte vor Ort ansprechen. Das Anschreiben sollte sensibilisieren. Wichtig ist es, nachzuhaken.

Eine Kinderärztin berichtete aus ihrer Praxis. Sie hat zwei Plakate gegen Genitalbeschneidung in Suaheli im Wartezimmer hängen. Sie fragte, ob sie gegenüber den Müttern das Thema direkt ansprechen soll. Das Projekt von Dr. Kangoum bietet dazu einen Ansatzpunkt. Er wird gebeten, beim nächsten „Runden Tisch“ zu berichten.

Am einfachsten ist es, direkt vor Ort in der Kommune anzusetzen. Deswegen wurde empfohlen, ähnlich wie in Kerpen und Köln auch in anderen Kommunen Nordrhein-Westfalens „Runde Tische gegen Beschneidung“ zu installieren. Dies ist auch eine Möglichkeit, soziale und medizinische Dienste, Behörden und Organisationen zusammenzubringen.

Es wurde festgestellt, dass es keine Übersicht über bereits vorhandene Materialien gibt. Notwendig seien Informationen für die betroffenen Frauen, für die beteiligten Berufsgruppen und für die Behörden.

Um die Öffentlichkeit anzusprechen, soll am 6.2.2009 eine größere Veranstaltung geplant werden.

Eine Fachtagung soll im Frühjahr 2009 Fachkräften aus den Bereichen Politik, Medizin und Erziehung Gelegenheit geben, in Workshops Inhalte zu erarbeiten und in einem Plenum Beschlüsse zu fassen.

Top 4 – Festlegung der Aufgaben

Recherche zum Komplex Krankenkassen, Kostenerfassung und -übernahme:
- AOK – Annette Seiche
- Kassenärztliche Vereinigung: Werden Kosten erfasst und gibt es einen Posten dafür? – Barbara Steffens

Dr. Jürgen Krömer ermittelt Zahlen und Fallbeispiele:
- Akademie für Fort- und Weiterbildung
- Institut für Qualitätssicherung
- Professor Beck, Gynäkologe, ehemals Universität Düsseldorf

Zum nächsten Treffen einladen:
- AOK und KV – Barbara Steffens
- Dr. Melawani, Rheinische Kliniken Düsseldorf, Integrationsbeauftragter – Andrea Kornak
- Beratungsstellen „Rat und Hilfe“ Aachen und Mönchengladbach – Dr. MBoyo Likafu
- Psychologinnen und Psychologen
- Psychotherapeutenkammer
- Obfrau der Ärztlichen Psychotherapeuten (Gynäkologen und Urologen mit Zusatzqualifikation)

Die Untergruppe Materialrecherche trifft sich am 4.3. in der Stadtverwaltung Harkortstraße, um einen EU-Antrag an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu stellen.

Maria Westerhorstmann klärt, ob eine Finanzierung über das Integrationsministerium möglich ist.

Top 5 – Planung des nächsten Treffens: Schwerpunkte

1. Leistungen der Krankenkassen, insbesondere der AOK
2. Abrechnungsfragen, die Kassenärztliche Vereinigung betreffend
3. Psychologische Betreuung betroffener Frauen und Mädchen

Nächster Termin: 28.5.2008 – 14.30 bis 17.00 Uhr